

Bürgerbegehren: Abstimmungstermin 22.9.

Nachdem über 900 Barmstedterinnen und Barmstedter in relativ kurzer Zeit das Bürgerbegehren der Initiative gegen die Bebauung des Lillschen Hügel unterzeichnet haben, liegt jetzt die Genehmigung der Kreiskommunalaufsicht vor. Die Stadtverwaltung und die Initiative haben sich auf einen Termin für die Abstimmung geeinigt. Zusammen mit der Bundestagswahl am 22.09.2013 können die Barmstedter über den Bürgerentscheid abstimmen. Die Initiative wird in einer Anhörung am 20.08.2013 ihre Stellungnahme zum Bürgerbegehren im Rahmen einer öffentlichen Stadtvertreterversammlung abgeben.

Arbeitslosengeld II („Hartz-IV“): Endlich Gebührenbefreiung in den Kindergärten

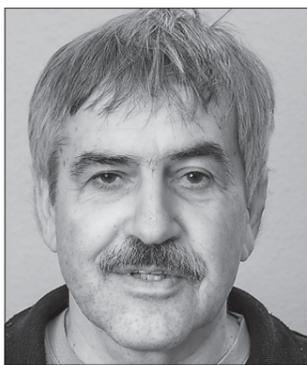
Die BALL hatte in den letzten Jahren mehrfach die Abschaffung des Mindestbeitrags von 15,50 Euro im Monat gefordert. Dies war immer wieder von CDU, FWB und SPD abgelehnt worden. Jetzt hat der Landtag mit den Stimmen von SPD, Grünen und SSW bei Gegenstimmen der CDU beschlossen, dass Hartz-4-Empfänger und Bezieher von Sozialhilfe ab 1.8.2013 landesweit keine Kindergartengebühren mehr zahlen. In Barmstedt mussten Eltern oder Alleinerziehende bislang bei rund 60 bis 70 Kindern den Mindestbeitrag von den sowieso viel zu niedrigen Kinderregelsätzen abknapsen. Das ist jetzt endlich vorbei.

BALL erreicht 16,69 % bei Kommunalwahl 2013:

Vielen Dank für 1375 Stimmen!

Bei der Wahl zur Barmstedter Stadtvertretung am 26. Mai 2013 hat die BALL 1375 Stimmen erhalten. Das waren nahezu genauso viele wie vor fünf Jahren. Mit rund 17 % hat die BALL zwar prozentual etwas verloren (2008: 1437 Wählerstimmen), jedoch insgesamt wiederum ein sehr gutes Wahlergebnis errungen, zumal durch die gleichzeitige Bürgermeisterwahl die Wahlbeteiligung höher war und erstmalig die Grünen allein kandidierten.

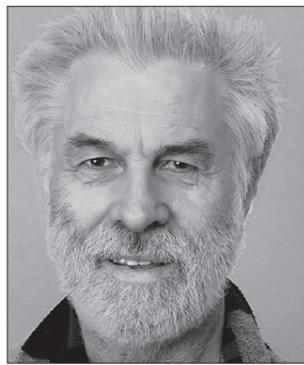
Die BALL wird mit drei Sitzen in der neuen Stadtvertretung vertreten sein. Die BALL bedankt sich bei allen, die durch ihre Stimmabgabe oder sonstige Unterstützung dazu beigetragen haben, dass es auch in den kommenden fünf Jahren eine starke linke Kraft in der Barmstedter Stadtvertretung geben wird. In der neuen Stadtvertretung verteilen sich die 19 Sitze wie folgt: CDU und FWB je 5 Sitze, SPD 4 Sitze, BALL 3 Sitze und Grüne 2 Sitze. Die BALL-Stadtvertreter werden mit allen zusammen ar-



Dr. Günter Thiel



Mareyke Herrmann



Helmut Welk

BALL mit drei Stadtvertretern im Rathaus



Henrik Pünner



Herbert Flick



Peter Ladehoff



Matthias Sellhorn

beiten, die für eine sozial und ökologisch orientierte Politik eintreten und die sich der Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung widersetzen.

Für die BALL werden Dr. Günter Thiel, Mareyke Herrmann und Helmut Welk in die Stadtvertretung einziehen. In den Ausschüssen werden Henrik Pünner, Herbert Flick, Peter Ladehoff und Matthias Sellhorn mitarbeiten. Mareyke Herrmann ist Vorsitzende im Sozialausschuss, Dr. Günter Thiel stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport.



ANZEIGE

GEMEINSAM FÜR ADRIANO UND ANDERE

Der sechsjährige Adriano aus Barmstedt leidet an MDS (Myelodysplastisches Syndrom), einer schweren Erkrankung des blutbildenden Systems. Nur eine Stammzelltransplantation kann sein Leben retten. Bislang wurde weltweit noch kein passender Spender für ihn gefunden. Aus diesem Grund organisieren Adrianos Familie und Freunde gemeinsam mit der DKMS Deutsche Knochenmarkspenderdatei eine Aktion zur Gewinnung neuer Stammzellenspender. Die Schirmherrschaft übernimmt der Jugendwart des SSV Rantzaу, Hans-Christian Hansen.

Ein kleiner Moment für Dich, ein ganzes Leben für mich

REGISTRIERUNG:
Am Sonntag 07.07.2013 von 10 bis 16 Uhr
Sportzentrum Heederbrook
Heederbrook 10
25355 Barmstedt

GELDSPENDE:
Sparkasse Südholstein
DKMS Spendenkonto: 510 134 646
BLZ 230 510 30



Stadtvertreterversammlung 18.06.2013:

Erhöhung der Elternbeiträge gestoppt

Leicht erfreulich: Die Stadtvertretung lehnte eine Erhöhung der Elternbeiträge in den Kindergärten um 3 % ab 1.8.2013 einhellig ab. BALL-Stadtvertreterin Mareyke Herrmann als neue Sozialausschussvorsitzende begründete die Ablehnung damit, dass die Elternbeiträge in Barmstedt in den Kindergärten immer noch viel zu hoch sind. So lautet die Empfehlung des Kreises für einen Kindergarten-Ganztagsplatz 291,00 Euro und für einen Krippen-Ganztagsplatz 436,00 Euro. In Barmstedt zahlten die Eltern bereits 2012 für einen Kita-Ganztagsplatz 293,00 Euro und für einen Krippenplatz 440,00 Euro im Monat, und dabei bleibt es vorerst. „Die BALL wird nicht



nur jede weitere Erhöhung der Elternbeiträge konsequent ablehnen, wir werden vielmehr alles unterstützen, was sich in kostenlose Elementarbildung in Kindergärten und Krippen bewegen lässt. In Berlin haben SPD und Linke ab 2011 beitrags-

freie Kindergärten eingeführt, in Hamburg wird ab 1.8.2014 für Kinder ab einem Jahr die Beitragsfreiheit inklusive Mittagessen eingeführt. Das muss auch in Schleswig-Holstein durchgesetzt werden“, so BALL-Sozialausschussmitglied Helmut Welk.

Erinnerung an das „Euthanasie“-Opfer Rudolf Saß

Erster Stolperstein in Barmstedt

Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist.“ Mit dem genannten Talmudzitat soll das Andenken an die Opfer des „Dritten Reiches“ gewahrt werden. Der Künstler Gunter Demning verfolgt ebenfalls dieses Anliegen. Inzwischen hat er in mehreren hundert Städten über 40.000 Stolpersteine verlegt – jene kleinen Messingplatten, die ins Straßenpflaster eingelassen sind und den Namen eines Menschen tragen, der an jenem Ort wohnte, mit Angaben zu seinem Geburtsjahr und dem Todeszeitpunkt.

Nach intensiver Beschäftigung der Barmstedter Stolperstein AG mit dem Thema „Euthanasie“ fand am 3. Juni vor dem Elternhaus des Euthanasieopfers Rudolf Saß in der Königstraße 29 die erste Stolpersteinverlegung in Barmstedt, statt.

An der Verlegungsaktion und der Abendveranstaltung, die von der Stolperstein AG in Kooperation mit dem örtlichen Gymnasium stattfand, beteiligten sich u. a. Lehrer und mehrere Hundert Schüler. Sie erstellten Handzettel, mit Infos über Rudolf Saß und den Euthanasiemaßnahmen in der Zeit zwischen 1939 und 1945, die sie in Geschäften auslegten. Bei der Verlegungsaktion hielten zwei Schüler einen Redebeitrag über Euthanasie. Auf der Abendveranstaltung, die mit einer Grußrede vom Rektor der Schule begann, führten Schüler der Theater AG das Stück „Doch einen Schmetterling hab ich hier nicht gesehen“ auf. Gezeigt wurden Szenecollagen über das Leben von Kindern im Ghetto und in Konzentrationslagern. Musikalisch begleitete die Veranstaltungen Barbara Janke auf ihrer Harfe.

Rudolf Saß wurde am 16. Juli 1912 als Sohn des Musikers Rudolf Joachim Saß und dessen Frau Martha Katharine Marie Saß in Barmstedt geboren. Unter Anleitung seines Vaters erhielt Rudolf Geigen- und Klavierunterricht. Nach Aussagen von Zeitzeugen war Rudolf ein begabter Musiker. Rudolf, von der Familie und in der Nachbarschaft auch Rudi genannt, betätigte sich auch als ein leidenschaftlicher Fotograf.

Aus der Krankenakte der „Landesheil- und Pflegeanstalt Schleswig-Stadtfeld“ geht hervor, dass Rudi dort am 18. Januar 1935 aufgenommen wurde. Nach Aussage seines Vaters litt Rudi unter öfter auftretenden starken Kopfschmerzen. Er wurde deshalb auch von einem Neurologen in Hamburg und einer Heilpraktikerin aus Barmstedt behandelt. Nachdem die Behandlungen nicht erfolgreich verliefen, entschieden sich die Eltern Rudi in die Landesheil- und Pflegeanstalt nach Schleswig zu geben, in der Hoffnung,

ihm werde dort geholfen.

Die Ärzte aus Schleswig waren der Meinung Rudi sei „schizophren“. Eine Begründung für diese Diagnose ist aber in seiner Krankenakte nicht vorhanden. Aus Briefen des Vaters an die Leitung der Heilanstalt Stadtfeld geht hervor, dass sich

endlich am 27. November 1937 entlassen und hielt sich für nur fünf Tage bei seinen Eltern in Barmstedt auf. Laut Krankenakte wurde er dann wieder in der Heilanstalt aufgenommen. Dort blieb er erst einmal bis zum 15. August 1939. Danach war er wieder für eine kurze

Kriegseinsatz wurden jetzt Lazarettraum, Krankenbetten, Ärzte, Pflegepersonal, Nahrungsmittel, Medikamente, Verbandsmaterial, aber auch Brennstoffe.

Schon ab 1938 mit der verdeckten Mobilmachung für den Krieg wurde die Bevölkerung auf die angedachten

Bevölkerung für angedachte Euthanasiemaßnahmen zu beeinflussen.

Der Gedanke sei ihm unerträglich, sagte Hitler, dass ein Kriegsverletzter ohne ein Bett sei, weil dieses Bett ein Geisteskranker belege. So konnten dann auch innerhalb kürzester Zeit durch die ersten Mordaktionen insgesamt über 93000 Betten einem neuen Verwendungszweck zugeführt werden.

Parallel zum Kriegsbeginn begann die Kindereuthanasie mit der Meldepflicht und der anschließenden Ermordung „missgebildeter“ Neugeborener und Kleinkinder, später auch Jugendlicher in „Kinderfachabteilungen“. Allein unter dem Decknamen Aktion T4 wurde von 1940 bis 1941 die systematische Ermordung von mehr als 70.000 Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen durchgeführt. Zum größten Teil waren es Kinder.

Die Erwachsenen-Euthanasie, in der die Bewohner von Heil- und Pflegeanstalten sowie Heimen für Menschen mit Behinderung umgebracht wurden, begann am 21. September 1939 mit einem Erlass zur Erfassung sämtlicher Insassen psychiatrischer Anstalten.

Durch systematische Vernachlässigung der Patienten, Unterlassen medizinischer Hilfeleistung, Verabreichung von tödlich wirkender Medizin oder Giftspritze wurden so psychisch Kranke ermordet. In der Anstalt

Hadamar erfolgte die Ermordung durch Giftgase.

Die Verpflegung in den Heil und Pflegeanstalten wurden durch eine Verordnung vom 20. September 1939 auf 41 Pfennig pro Kopf und Tag gesenkt. Die „Hungerkost“ wurde auf eine fettarme bzw. völlig fettlose Kost umgestellt. Die Nahrung bestand nur noch aus Weißkraut, Rüben und Kartoffeln. Aus Statistiken, die Ernst Klee in seinem Buch „Euthanasie im Dritten Reich“ veröffentlicht hat, geht hervor, dass die Sterberaten in den psychiatrischen Einrichtungen und Anstalten sprunghaft anstiegen. In den Schleswiger Einrichtungen z.B. verdoppelte sich die jährliche Sterberate von 1936 zu 1942. Außerdem stellt Klee fest, dass die Sterberaten in den Wintermonaten durch das Einsparen an Heizmaterial besonders hoch waren.

In einer Abhandlung von Peter Schwarz über Euthanasie und Mord durch Hunger heißt es: „Wichtig scheint mir auch, auf den Zusammenhang zwischen Unterernährung und Infektionskrankheiten hinzuweisen. Was Hermann Arnold in seinem Aufsatz „Hunger“ über die Wechselbeziehungen zwischen Tuberkulose und Hunger aussagt, kann auch auf andere Infektionskrankheiten übertragen werden: „Hungernde Menschen sind in extrem hohem Maße der Tuberkulose ausgeliefert, und Tuberkulosekranke, die chronisch hungern, dem baldigen Tode.“

So war es auch bei Rudi Saß. Geschwächt durch Nahrungsmittelentzug, Personalreduktion in der Anstalt und Heizungseinsparungen im Winter 1941/1942 starb Rudi am 17.3.1942 an offener Lungentuberkulose.



sein gesundheitlicher Zustand durch den Aufenthalt in Schleswig nicht verbessert hat, so dass die Eltern Rudi wieder nach Barmstedt zurück haben wollten. Dem wurde mit der Auflage zugestimmt, dass Rudi nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 erst einmal sterilisiert werden musste. Nach der Sterilisationsoperation wurde er

Zeit in Barmstedt und wurde am 28. Oktober 1939 wieder in der Landesheil- und Pflegeanstalt Schleswig-Stadtfeld aufgenommen.

Im September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen und damit begann der 2. Weltkrieg. Weitere Eroberungs- und Kriegspläne lagen bereits in den Schubladen der Wehrmachtsgeneräle. Gebraucht für den

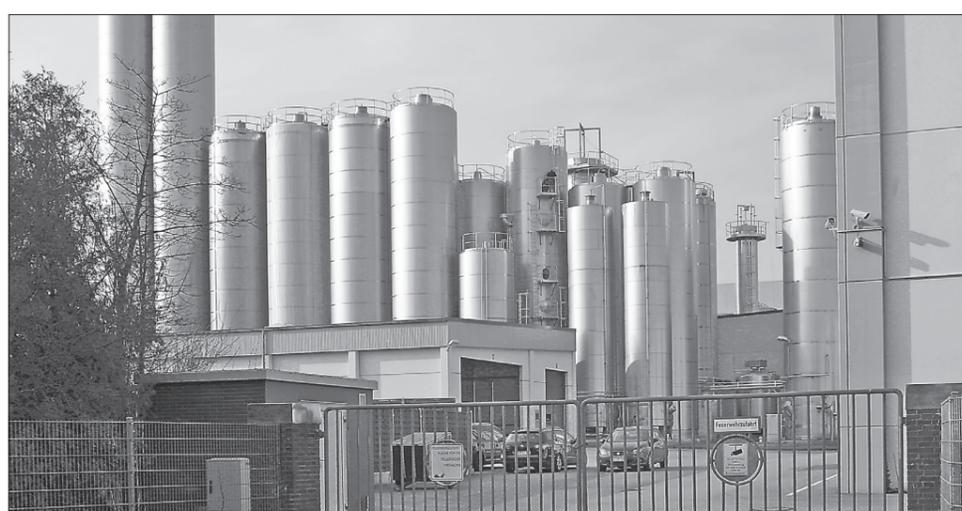
„Euthanasie“-programme öffentlich eingestimmt. Man behauptete, dass Gesuche von Eltern eingingen, man möge ihnen erlauben, ihren behinderten Kindern den „Gnadentod“ zu gewähren. Öffentlich wurde über das „lebensunwerte Leben“ von Geisteskranken und Behinderten berichtet. Man sprach von „Ballastexistenzen und nutzlosen Essern“ und versuchte so die

„Runder Tisch“ Meierei/Käsefabrik:

Problemlösungen gesucht

Die Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“ versucht seit Anfang des Jahres verstärkt die Probleme, die mit dem Bau der Meierei/Käsefabrik entstanden sind, an die Verantwortlichen der Stadt heranzutragen und besteht darauf, dass es ein „Weiter so“ nicht geben darf. Zunehmender Betriebsstätten- und LKW-Lärm an sieben Tagen der Woche, Schadstoffbelastung durch Dieselruss, rasende Milchlasten, parkende LKWs auf den Bürgersteigen und keine Übernachtungs- sowie fehlende Parkplatzregelungen für Fahrer der Abhollastzüge – das wollen die Anlieger nicht länger hinnehmen.

Auf der Stadtvertreter Sitzung Ende Februar stellte die Initiative fünf Problembereiche vor und forderte die Fraktionen der Stadtvertretung zu Stellungnahmen auf. Um dem Argumentationsdruck vor der Kommunalwahl ausweichen zu können, versprach der Bürgermeister die Einberufung eines „Runden



Tisches“ mit Vertretern der Anwohnerinitiative, der Stadtverwaltung, der Stadtvertreterfraktionen und der Geschäftsleitung der Meierei/Käsefabrik. Der „Runde Tisch“ tagte dann endlich am 4. Juni im Rathaus. Eingeladen zu dieser ersten Gesprächsrunde waren auch Vertreter der Anwohnerinitiative aus der Königstraße, die den Meiereiverkehr aus der Innenstadt heraus haben wollen.

In der zweistündigen Sitzung sprachen die Initiativvertreter noch einmal die Problempunkte an. Sie berichteten von Erfahrungen mit Lärmprotokollen, zeigten Fotos von parkenden LKWs auf den Bürgersteigen und richteten ihre Forderungen an die Geschäftsleitung der Meierei/Käsefabrik. Diese versuchte sich für die überwiegenden Probleme mit den LKWs als nicht zuständig zu erklären. Nach intensiver

Diskussion am Tisch stimmte die Geschäftsleitung zu, noch einmal eine Infoaktion mit Regelblättern in mehreren Sprachen für die LKW-Fahrer durchzuführen. Auch die Größe und Position der Hinweisschilder auf dem Betriebsgelände könnten verbessert werden. Mit der Menge der LKWs und auch mit dem Betriebsstättenlärm halte sich die Meierei/Käsefabrik nach Aussage der Geschäftsleitung an die vorge-

gebenen genehmigten Mengen und Werte. Eine Verminderung des Abholerverkehrs von Molkereiprodukten wie Käse, Butter usw. an Sonn- und Feiertagen lehnt sie ab. Ebenso wird die Verlegung der LKW-Waage auf dem Betriebsgelände und deren Einfassung mit Lärmschutzmaßnahmen vorerst abgelehnt. Der Bürgermeister ließ anklingen, dass er die Lärmprobleme im Zusammenhang mit der LKW-Waage einem Schallschutzexperten vorlegen möchte. Außerdem könnten die Bürgersteige mit Pollern oder Metallbügeln vor parkplatzsuchende LKWs geschützt werden. Auch die Möglichkeiten und Kosten für eine Feinstaub-/Dieselrussmessung sollen geprüft werden. Eine Entlastung für die Anwohner der Königstraße ist vorerst nicht in Sicht. Dies konnten die Initiativvertreter nicht akzeptieren.

Die Anwohnerinitiativen zeigten sich trotz der mageren Ergebnisse mit der ersten Sitzung des Runden Tisches zufrieden und wollen auch weiterhin das Gespräch suchen. Die nächste Sitzung, auf der auch ein Vertreter des staatlichen Umweltamtes aus Itzehoe eingeladen werden soll, wurde auf den 10. September festgelegt.